
FORUM

Der Wertewandel der 1960er und 1970er Jahre und soziale Ungleichheit – Neue Befunde zu wider- sprüchlichen Interpretamenten

Tobias Sander

In jüngster Zeit werden die 1960er Jahre immer mehr als formative Phase oder gar Wendezeit der Geschichte der Bundesrepublik begriffen. Zuerst bei intellektuellen Eliten erkennbare umfangreiche Liberalisierungsprozesse diffundierten in Staat und Gesellschaft und unterwarfen so unterschiedliche Felder wie Alltagskulturen, Vergangenheitsdeutungen und Politikstile einem weit reichenden Veränderungsdruck.¹ Eine ganz andere Entwicklung, die Wohlstandsentwicklung der Nachkriegsepoche, gilt bereits seit geraumer Zeit als Ursache eines grundlegenden, weniger auf Öffentlichkeit und Politik bezogenen, sondern stärker in den Alltagskulturen und schichtenspezifischen Mentalitäten „geerdeten“ Wandlungsprozesses. In den 1980er Jahren avancierte dieser Zusammenhang von materiellem Wohlstand und Lebensstilen/Mentalitäten zu einem zentralen Gegenstand sowohl der noch jungen Werteforschung als auch einer Ungleichheitssoziologie, die das Lebensstil-Mentalitäten-Paradigma in ihren Kanon aufzunehmen begann. In diesem Zuge wurde jedoch nicht offen diskutiert, dass beide Forschungsrichtungen von unterschiedlichen, ja tendenziell widersprüchlichen Effekten des wirtschaftlichen „Booms“ ausgingen.

Folgt man dem Common Sense der Werteforschung, waren an der Kernphase des Wertewandels in den 1960er und 1970er Jahren in erster Linie obere Berufs-, Einkommens- und Bildungslagen beteiligt. Nahezu ausschließlich in den korrespondierenden Milieus haben sich stärkere ideelle Bedürfnisse wie auch höhere Ansprüche an die individuelle und kollektive Selbstentfaltung herausgebildet. Diese Veränderung grundsätzlicher Be-

1 C. v. Hodenberg, Intellektuelle Aufbrüche und Generationen im Konflikt. Neue Literatur zum kulturellen Wandel der sechziger Jahre in Westdeutschland, in: Archiv für Sozialgeschichte 41 (2001), S. 677-692; U. Herbert (Hrsg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung, Göttingen 2003; A. Schildt/D. Siegfried/K. C. Lammers (Hrsg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000; A. Schildt/A. Sywottek (Hrsg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993.

dürfnishorizonte zog in ihrem Fahrwasser auch den Wandel konkreter, bereichsbezogener Normen nach sich. Diese Folgeerscheinungen betrafen die Einstellungen gegenüber der Erwerbsarbeit, den Geschlechterrollen und gegenüber Staat und Politik. Eindeutig schichtenübergreifende Konturen schrieb die Werteforschung diesen Entwicklungen schließlich erst für die 1980er Jahre zu.²

Dahingegen hat sich in der Ungleichheitssoziologie im wesentlichen zeitgleich die These Ulrich Becks vom „Fahrstuhleffekt“ durchgesetzt. Diesem Interpretament zu Folge sind in den 1960er und 1970er Jahren – in denen der wirtschaftliche „Boom“ seine lebensweltliche Prägekraft entfaltete – vor allem die Werte und Einstellungen der unteren Einkommens- und Bildungslagen in Bewegung geraten.³ Hier führte die Wohlstandsentwicklung zu einer besonderen, für untere Soziallagen überdurchschnittlich spürbaren Entlastung von materiellen Zwängen. Die wohl wesentlichste Folgewirkung bestand in der deutlichen Annäherung an bis dato vornehmlich mittelständische und bürgerliche alltagskulturelle Muster. Insbesondere in dem sehr basalen, andere Lebensstile mitprägenden Bereich einer langfristig planenden Hauswirtschaft und Alltagsorganisation schwächten sich die Unterschiede ab. Entsprechend wandelten sich Hauswirtschaft und Sparverhalten, aber beispielsweise auch Familienplanung und Bildungsorientierung.⁴ Der auf unmittelbaren Genuss und Verbrauch ausgerichtete, bis in die 1950er Jahre hinein von den intellektuellen Beobachtern vielzitierte „Mangelkonsum“ der Arbeiterschaft war demzufolge fortan als historisches Phänomen zu begreifen.

Eine Folge dieser neuen, freilich weniger „verbürgerlichten“ als – wie M. Rainer Lepsius bereits zeitgenössisch hinwies – vielmehr „verkleinbürgerlichten“⁵ Lebensweise war auch der Wandel der Freizeitstile sowie der grundsätzlichen Bedeutung von Familie und Öffentlichkeit. Die Zeitbudgets der Arbeiterfamilien waren in bisher ungekanntem Maße auf die Wohnung als familiärem Rückzugsort zugeschnitten, während sich die außerhäusliche Freizeit zunehmend um die neuartigen Leitmotive von Erholung und Erleben gruppierte. Für die in den 1980er Jahren entstehende Lebensstilsoziologie bildet ein solcher, von zahlreichen Milieus geteilter alltagskultureller Trend das Signum prosperierender spätindustrieller Gesellschaften. Zwischen proletarischen, kleinbürgerlichen und Teilen bürgerlicher Soziallagen können demzufolge zumindest keine „groben“ Unterschiede in den Lebensstilen mehr erkannt werden.

Die soziale Lage bzw. ihre Verbesserung im Zuge des allgemeinen Wohlstandswachstums hatte seit den 1950er Jahren also sehr umfassend den Bereich der Lebensstile und

2 B. Schloeder, Soziale Werte und Werthaltungen, Opladen 1993; H. Klages/H.-J. Hippler/W. Herbert (Hrsg.), Werte und Wandel. Ergebnisse und Methoden einer Forschungstradition, Frankfurt a. M. 1992.

3 U. Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a. M. 1986, S. 121-143; J. Mooser, Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970. Klassenlagen, Kultur und Politik, Frankfurt a. M. 1984.

4 G.-R. Rückert, Die Kinderzahl der Ehen in der Bundesrepublik Deutschland im Intergenerationenvergleich, in: H. Tegtmeier (Hrsg.), Soziale Strukturen und individuelle Mobilität, Wiesbaden 1979, S. 319-36.

5 M. R. Lepsius, Zum Wandel der Gesellschaftsbilder in der Gegenwart, in: Kölner ZfSS 14 (1962), S. 449-58, hier S. 451. Dagegen wurden die beschriebenen Entwicklungen bis in die 1990er Jahre hinein vornehmlich unter dem politisch imprägnierten Begriff der „Verbürgerlichung“ diskutiert. Vgl. exemplarisch B. Mahnkopf, Verbürgerlichung. Die Legende vom Ende des Proletariats, Frankfurt a. M./New York 1985.

Mentalitäten beeinflusst. Aus der Sicht weiter Teile der Lebensstil- und Milieusoziologie hatte sich damit jedoch gleichzeitig der kausale Zusammenhang zwischen sozialer Lage einerseits und Lebensstilen/Mentalitäten andererseits (selbst) abgeschafft.⁶ In der „Wohlstandsgesellschaft“ – seit den 1970er Jahren schichtenübergreifend zu konstatieren – konnten soziale Lagen bzw. im weiteren Sinne *materielle* Handlungsspielräume keine prägende Wirkung auf die Alltagskulturen mehr entfalten. Lebensstil- und Wertemilieus sagten fortan nur noch wenig über die Lebensbedingungen aus, konnten sich im Einzelfall auch diametral zu den Einkommen, Arbeitsbedingungen und Bildungsniveaus entwickeln. Obgleich eine detaillierte empirische Überprüfung weiterhin aussteht, ist diese Sichtweise längst in zahlreiche sozialgeschichtliche Überblicksdarstellungen eingegangen.⁷

Handelte es sich beim Wertewandel also eher um eine sozial übergreifende Entwicklung, in der ein Bedeutungsverlust von materiellen Zwängen und eine stärkere Orientierung an ideellen Werten zu erkennen ist und welche – wenn auch in höheren nicht folgenlos – naheliegenderweise in unteren Schichten ausgeprägter ausgefallen sein müsste? Oder bestand der Wertewandel zunächst aus einer sozial relativ exklusiven „antiautoritären“ (bildungs-)bürgerlichen Bewegung, die nur zum Teil aus der Wohlstandsentwicklung erklärbar ist? Aus theoretischer Perspektive impliziert letztere Interpretation schließlich auch, dass weniger Wohlstandswachstum und Veränderungen der sozialen Lagen als vielmehr der Alltag selbst als historischer Ursprungsort des Wandels zu begreifen wäre. Eine zunehmend „kritische“ Öffentlichkeit hätte sich gewissermaßen aus ihren eigenen kommunikativen Zusammenhängen heraus entwickelt. Davon gehen neuere Studien sozialhistorischer Provenienz aus, wenn sie Liberalisierungstendenzen vor allem bei akademischen Berufsgruppen verorten und hier bestimmten Teilgruppen (Journalisten, Pädagogen) Initialwirkungen zuschreiben.⁸ Dabei soll der Schlüsselbegriff der Liberalisierung nicht nur den konkreten Normenwandel wie im Falle der Geschlechterrollenbilder erfassen. Gleichzeitig beansprucht dieser Terminus, die deutlich grundlegenden Veränderungen auf der Ebene der Bedürfnishaushalte zu beschreiben – wie etwa die Verschiebung von materiellen auf zunehmend immaterielle Orientierungen. Streng genommen hatten beide Interpretationen also die gleichen Gegenstandsbereiche im Blick. Die These vom zunächst bildungsbürgerlich getragenen Wertewandel geht schließlich ebenso davon aus, dass die entsprechenden Einstellungsmuster aufgrund der Multiplikatorenfunktion ihrer primären Träger(berufs)gruppen in der Folgezeit allgemeinere Bedeutung erlangen konnten, mithin in mittlere und untere Schichten und

6 Zur Debatte auf ihrem Höhepunkt vgl. überblicksartig die Beiträge in dem älteren Sammelband J. Blasius/J. Dangschat (Hrsg.), *Lebensstile in den Städten*, Opladen 1994.

7 Die umfangreichste, obgleich auch nahezu einzige empirische Überprüfung wurde bisher immer noch von Mooser unternommen: *Arbeiterleben in Deutschland* (Anm. 3). Allerdings beschreibt Mooser in den entsprechenden Abschnitten („Wohn- und Familienleben“) weniger die Alltagspraxis als die Bedingungen derselben.

8 Hodenberg, *Intellektuelle Aufbrüche und Generationen im Konflikt* (Anm. 1); Herbert (Hrsg.), *Wandlungsprozesse in Westdeutschland* (Anm. 1); Schildt/Siegfried/Lammers (Hrsg.), *Dynamische Zeiten* (Anm. 1).

Milieus diffundierten. Transformationen können hier demgemäß erst seit den späten 1970er Jahren beobachtet werden.

Zur Beantwortung der somit aufgeworfenen Fragen sollen im folgenden repräsentative Umfragen des Bielefelder Emnid-Instituts und des Allensbacher Instituts herangezogen werden, die – obgleich in der Mehrzahl publiziert – erstmals unter diesem Gesichtspunkt ausgewertet werden. In ihrer Gesamtheit spiegeln sie die zunehmende Bedeutung ideeller Bedürfnisse ebenso wieder wie die abnehmende Bindung an traditionelle, auf Pflicht und Leistung ausgerichtete Normen und Leitbilder. Neben diesen vornehmlichen Wirkungsbereichen des Wertewandels wird zudem der Wandel der Arbeits- und Freizeiteinstellungen zu untersuchen sein. Die zurückgehende Akzeptanz der Erwerbsarbeit, ebenfalls seit den 1960er Jahren aufzuweisen, kann dabei sowohl als Folge materieller Entlastung weiter Bevölkerungskreise wie auch als Folge des Rückgangs eines ehemals mentalitätshistorisch tief verwurzelten Pflichtbewusstseins verstanden werden. Vorausgreifend kann an dieser Stelle bereits gesagt werden, dass – wer hätte es anders erwartet – untere, mittlere und obere Schichten beide Tendenzen des Wandels mitvollzogen, so dass sich vor allem soziale Schwerpunkte und nicht Ausschließlichkeiten erkennen lassen.

Das liegt zu einem guten Teil auch an dem zur Verfügung stehenden Quellenmaterial. Entsprechend der bis zu den 1970er Jahren gängigen sozialstatistischen Praxis differenzieren die Umfragen lediglich in Arbeiter, Angestellte/Beamte und Selbständige. Um überhaupt „Unterschichten“ und „Oberschichten“ konstruieren zu können, werden im folgenden Arbeiter mit den – sozialstrukturell freilich äußerst heterogenen – Angestellten und Beamten verglichen. Zum einen, weil für die Angestellten im Gegensatz zu den Selbständigen zumindest punktuell hierarchische Unterteilungen in leider nur ungenau definierte „leitende“ und „einfache“ Angestellte/Beamte vorliegen. Zum anderen zeigt eine induktive Herangehensweise, dass bei den Angestellten/Beamten stärkere Tendenzen des Wertewandels zu beobachten sind als unter den Selbständigen.

Dieser Befund vermag dabei zum einen den sozialen Lagen der Gruppen zu entsprechen, indem der „Neue Mittelstand“ größere Anteile genuin bildungsbürgerlicher Gruppen zu seinen Reihen zählte als sich unter den Selbständigen die wirtschaftsbürgerlichen, „größeren“ Selbständigen fanden. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass hier bereits Milieudifferenzen zwischen einem konservativ verhafteten Wirtschafts- und einem – von vorneherein womöglich in vielerlei Hinsicht libertärer ausgerichteten – Bildungsbürgertum sichtbar werden. Die Differenzen innerhalb eines gemeinsam gebildeten „Bürgertums“, bestehend aus den Sozillagen der größeren Selbständigen sowie der akademischen und protoakademischen Berufsgruppen, hätten sich damit verstärkt – und zwar entlang der von Bourdieu hervorgehobenen „Kapital“-Zusammensetzung.⁹ Schließlich bleibt darauf hinzuweisen, dass das eigentlich avisierte bildungsbürgerliche Milieu im vorliegenden Zusammenhang freilich nur als relativ kleine Teilmenge der Angestellten/Beamten greifbar wird.

9 Nach ökonomischem oder kulturellem bzw. Bildungskapital.

1. Materielle vs. ideelle Bedürfnisse

Im Bereich der grundlegenden Bedürfnishaushalte ist die Lage zunächst klar: Zwischen 1956 und 1975 ging die Bedeutung des *Grundrechts der Freiheit von Not*, so die Fragestellung, bei den Arbeitern stärker zurück als bei den Angestellten. In den 1970er Jahren waren die Unterschiede ungeachtet der schließlich nur leicht zurückgegangenen Einkommensdifferenzen nur noch unwesentlich (Tabelle 1). Die Wohlstandsentwicklung brachte also analog zu der These Becks vor allem die Mentalitäten der unteren Schichten in Bewegung.

Tabelle 1: wichtigste Grundrechte (in Prozent)

		Arbeiter	Angestellte	Beamte	Gesamtbevölkerung
Freiheit der Religion	1956	12	13	13	16
	1963	10	13	14	14
	1964	9	10	10	11
	1956	42	48	53	44
Freiheit der Meinungsäußerung	1963	58	63	66	56
	1964	49	51	56	48
	1975	55	55	68	54
	1956	9	10	11	10
Freiheit von Furcht	1963	10	9	12	10
	1964	11	11	10	10
	1975	15	17	16	16
	1956	35	25	22	28
Freiheit von Not	1963	17	11	6	15
	1964	26	22	18	25
	1975	25	24	13	23

Quellen: *Emnid-Informationen*: 1959 Nr. 4; 1963 Nr. 32; 1964 Nr. 30; 1975 Nr. 6.

Erläuterungen: *Emnid Repräsentativerhebung* (n=>2000); *Beruf des Haushaltsvorstandes*; *Beamte einschließlich Angestellte im öffentlichen Dienst*; *Einfachnennungen*; *Spaltenprozente im jeweiligen Erhebungsjahr*; übrige v. H.: keine Angabe.

In den Alternativantworten zu dieser Erhebung drücken sich die wachsende Sensibilität für die physische Bedrohung durch Kriege (*Freiheit von Furcht*), schwindende religiöse Bindungen (*Freiheit der Religion*) sowie das steigende Bedürfnis nach Freiheits-, womöglich auch nach Partizipationsrechten aus (*Freiheit der Meinungsäußerung*).¹⁰ Auch die

10 Dabei könnte in den abnehmenden Voten für Freiheit der Religion entsprechend der Formulierung auch den

Unterschiede in der Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sind ab Mitte der 1960er Jahre nicht mehr aufzufinden.¹¹ Selbst die in der Öffentlichkeit weithin präsente ökonomische Krisenstimmung nach dem „Ölschock“ von 1973 änderte hieran nichts.¹² Freilich handelte es sich dabei nicht nur um öffentliche Befindlichkeiten; mit der – bei Arbeitern stärker als bei Angestellten – steigenden Arbeitslosigkeit besaß die Entwicklung auch eine veritable materielle Substanz. Schließlich spiegeln die von Emnid ebenfalls regelmäßig erfragten *Wünsche für das neue Jahr* diese neue Schere zwischen Arbeitern und Angestellten wieder, nicht zuletzt, weil sie konkretere Orientierungen offen legen. 1977 äußerten hier 29 Prozent der Arbeiter- und 20 Prozent der Angestelltenfamilien auf Arbeit und Beruf bezogene Erwartungen, während in den 1950er und 1960er Jahren beide Gruppen noch stets gleichauf gelegen hatten (Tabelle 2). Die Erfahrung wachsender materieller Spielräume wurde von der Arbeitslosigkeit bemerkenswerterweise aber nicht erschüttert. Die „Wohlstandsgesellschaft“ wurde in den 1970er Jahren offenbar als derart selbstverständlich und unverrückbar wahrgenommen, dass die neue Krisenhaftigkeit nicht mit ihr in Verbindung gebracht wurde, die neu hinzutretenden Symptome also vielmehr isoliert wahrgenommen wurden.¹³

Tabelle 2: *Wünsche für das neue Jahr 1958–1977 (in Prozent)*

	1958			1963			1974			1977		
	I	II	III									
Gesundheit	28	25	26	44	36	40	39	39	39	58	59	53
Zufriedenheit	24	27	30				6	9	8	9	13	11
Frieden und Freiheit				29	36	48	21	25	26	7	8	19
politische und wirtschaftliche Lage				5	7	7	11	12	17	0	4	4
Geld, Wohlstand	35	21	18	5	1	2	11	10	5	13	10	13
Arbeit	8	8	12	6	7	5	21	17	11	29	20	17

I Arbeiter
 II Angestellte
 III Beamte

Bedeutungsschwund eines Freiheitsrechtes ausgedrückt worden sein. Das wachsende Bedürfnis nach Freiheit der Meinungsäußerung scheint aber eher darauf hinzudeuten, dass sich hier tatsächlich die zurückgehenden religiösen Bindungen spiegeln.

11 Emnid-Informationen: 1958 Nr. 1; 1964 Nr. 18; 1966 Nr. 12 und 1973 Nr. 5/6.

12 Die letzte entsprechende Emnid-Erhebung stammt von Mai 1973.

13 Vgl. auch die Umfrageergebnisse bei P. Pawlowsky, Arbeitsorientierungen zwischen neuen Ansprüchen und alten Strukturen, in: M. v. Klipstein/B. Strümpel (Hrsg.), *Gewandelte Werte, erstarrte Strukturen. Wie die Bürger Wirtschaft und Arbeit erleben*, Bonn 1985, S. 155-178, hier S. 159-63.

*Quellen: Emnid-Informationen: 1958 Nr. 26; 1963 Nr. 9; 1974 Nr. 1; 1977 Nr. 1.
Erläuterungen: Emnid Repräsentativerhebung (n=>2000); Beruf des Haushaltsvorstandes; 1958:
Einfachnennungen, 1963–1977: Mehrfachnennungen möglich; Spaltenprozent; übrige v. H. keine
Angabe.*

Der Beginn des Wandels gegen Mitte der 1960er Jahre – in beiden Erhebungen ist er bei der 1963er Auflage zuerst erkennbar – weist zudem darauf hin, dass die wohl wichtigste aller „Klassenerfahrungen“ der Arbeiterschaft, die ständige Bedrohung durch materiellen Mangel, begrifflicher Weise erst mit einer gewissen Zeitverzögerung in den Hintergrund getreten ist. Das bislang unbekanntes Niveau materieller Sicherheit, zunächst sicherlich als wachsende Handlungsspielräume im Bereich der Hauswirtschaft in Erscheinung tretend, musste seinen strukturellen Charakter im Bereich der Lebenswelt erst durch eine gewisse Dauerhaftigkeit unter Beweis stellen, bevor etablierte Deutungsmuster aufbrechen konnten. Wie Detailuntersuchungen des Konsumverhaltens zeigen, entspannte sich die Lebenshaltung der mittleren und unteren Schichten schließlich bereits gegen Ende der 1950er Jahre. Gesteigerter Genussmittelkonsum, aber auch gewachsene Sparquoten deuten auf die alltagsweltliche Relevanz der Wohlstandsentwicklung bereits in diesem Zeitabschnitt hin.¹⁴ Wie über die Diagnose Becks hinaus als nachgewiesen gelten kann, spielten zunächst die gesteigerten materiellen Handlungsspielräume sowie das damit in der Folge gestärkte Sicherheitsgefühl eine wesentliche Rolle bei der stärkeren Integration familiärer Häuslichkeit in den arbeitertypischen Lebenszuschnitt.¹⁵

2. Arbeits- und Freizeiteinstellungen

Wohl eng zusammen mit dieser Entlastung von existenziellen Fragen im weiteren Sinne hing der Wandel der relativen Bedeutung der beiden Lebensbereiche Arbeit und Freizeit. Im Selbstbild der Arbeiter und Angestellten der 1950er bis 1970er Jahre wurde die Arbeit unwichtiger und die Freizeit wichtiger.¹⁶ Diese Entwicklung gründete sich sicherlich nicht allein auf die oft hervorgehobenen steigenden – in der Freizeit umgesetzten – Selbstverwirklichungsansprüche im Zuge der Entlastung von der materiellen Existenzsicherung. Vielmehr sind die Gründe für die wachsende Attraktivität der Freizeit auch in der Freizeit selbst zu suchen, namentlich in ihrem steigenden zeitlichen Umfang (Arbeitszeitverkürzung) und neuen, insgesamt vielfältigeren Optionen der Erholung und Unterhaltung. Ein solcher Qualitätsgewinn der Freizeit selbst oder vielmehr ihrer Wahrnehmung lässt sich schließlich ebenso wie die Wohlstands-

14 M. Wildt, Vom kleinen Wohlstand. Eine Konsumgeschichte der 50er Jahre, Frankfurt a. M. 1996.

15 Mooser, Arbeiterleben in Deutschland (Anm. 3).

16 Zur Untersuchung der Arbeits- und Freizeitorientierung in den 80er Jahren vgl. auch R. Lautmann, Soziale Werte in der Konstitution sozialer Probleme, Bremen 1980; Pawlowsky, Arbeitsorientierungen (Anm. 13), S. 55-178.

entwicklung als Ursache eines „hedonistic turn“, der zunehmenden Orientierung an selbstverwirklichenden Aspekten des Alltags begreifen.¹⁷

Tabelle 3: Arbeit vs. Freizeit (in Prozent)

Es mögen am liebsten die Stunden...	...während der Arbeit			...während sie nicht arbeiten				Es mögen beide gern		
	1962	1974	1975	1962	1974	1975	1962–1975 in %	1962	1974	1975
leitende Angestellte / Beamte	5	6	6	16	31	27	+ 69	72	60	67
nichtleitende Angest. / Beamte	2	4	3	30	37	41	+ 37	62	57	52
Facharbeiter	3	2	2	34	47	47	+ 38	56	49	46
übrige Arbeiter	3	3	2	34	48	46	+ 35	51	46	49

Quellen: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 253, 3002, lfd. Nr. der Fragesammlung: C-3:9, in: Kmieciak 1976, Tabelle IV, 6 a+b; Allensbacher Jahrbuch, Bd. 6: 204.

Erläuterungen: Allensbach Repräsentativerhebung (n=>2000); Berufstätige: 1962 Berufstätige zwischen 16 und 60, 1974 und 1975 zwischen 16 und 65 Jahren; Einfachnennungen; Spaltenprozente; übrige v.H.: „unentschieden“.

Die Attraktivität der Freizeit im Kontrast zur Arbeitszeit stieg bei Arbeitern und Angestellten zwischen 1962 und 1975 in sehr ähnlichem Maße. Bleibt man eng an den Zahlen in Tabelle 3, so fiel die Tendenz nur bei den „leitenden Angestellten/Beamten“ noch ausgeprägter aus. Unter dieser diachronen, die Qualität der Entwicklungen vergleichenden Perspektive erweisen sich die Unterschiede zwischen den einfachen Angestellten/Beamten, den Facharbeitern und den an- und ungelerten Arbeitern schließlich als marginal. 1975 bevorzugten jeweils gut ein Drittel mehr Befragte wie noch im Jahr 1962 das Leben außerhalb der Arbeit. Bestätigt wird diese insgesamt weitgehend parallele Entwicklung beider Seiten der „Kragenlinie“ von der Allensbach-Frage *Glauben Sie, es wäre am schönsten zu leben, ohne arbeiten zu müssen?*¹⁸). Mit *ja* antworteten 1962 18 Prozent der Arbeiter und 12 Prozent der Angestellten/Beamten, 1972 waren es 28 Prozent der Arbeiter und 19 Prozent der Angestellten/Beamten. Diese auch 1955, 1958, 1960 und 1963 durchgeführte Erhebung lässt erkennen, dass sich die Haltungen bis 1963 kaum veränderten, die Bindung an die Erwerbsarbeit also erst in der Folgezeit zurückging. Dabei blieb die Selbstdefinition über die Arbeit freilich das prägende Moment; auch 1972 beantworteten mehr als zwei Drittel der Berufstätigen jene Frage mit *nein*.

17 Ähnlich auch Beck, Risikogesellschaft (Anm. 3), 124. Vgl. als entschiedensten Vertreter dieser, hier allerdings stärker auf die Folgezeit der späten 1970er, 1980er Jahre bezogenen Diagnose zudem G. Schulze, Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart, Frankfurt a. M. 1992.

18 P. Kmieciak, Wertstrukturen und Wertwandel in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 1976, Tab. IV, 4 (nach Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 055, 082, 1020, 1031, 1042, 1078, 2082, 2096, 3002, Lfd. Nr. der Fragesammlung: C-2:1).

Bei dieser Entwicklung sind die Unterschiede zwischen den einfachen/mittleren Angestellten und den Arbeitern, bei denen die Qualifikationsstufe zwischen den Facharbeitern und den angelernten Arbeitern keine Differenz ergab, bis Mitte der 1970er Jahre fast völlig verschwunden. Die Unterschiede zu den leitenden Angestellten blieben dagegen manifest. Dass hier die „Kragelinie“ offenbar kaum eine Schwelle darstellte, deutet darauf hin, dass die Berufsbindung weniger mit Milieugrenzen und „äußeren“ Statusaspekten des Berufes korreliert, sondern eher mit Qualifikation, tatsächlicher Tätigkeit und Arbeitsinhalten. Schließlich verläuft die markanteste qualifikatorische und arbeitsinhaltliche Trennlinie in der Arbeitnehmerschaft traditionell innerhalb der Angestelltenschaft. Von den äußeren Tätigkeitsmerkmalen wie Autonomiegrad und Wiederholungscharakter der Arbeitsaufgaben aus betrachtet, unterscheidet sich die große Zahl der mittleren Angestellten mit Berufsausbildung kaum von den Facharbeitern. Dagegen beginnt in der Hierarchie direkt oberhalb dieser „Gelernten“ eine Gruppe, die sich durch entweder menschenführende oder hochqualifizierte, zunehmend protoakademische und akademische Tätigkeiten recht deutlich von den mittleren Ebenen abhebt. Dabei lehnte sich die Allensbacher Definition der „leitenden Angestellten“ eng an die sozialstatistisch gängige Definition der Leistungsgruppe II für Industrieangestellte an und dürfte daher die angesprochene angestellteninterne Differenzierung recht gut widerspiegeln.

Wie Untersuchungen der Qualifikationsprofile und Arbeitsinhalte zeigen, wurden im Zeitverlauf auch für die unteren Leitungspositionen der Gruppenleiter zunehmend Weiterbildungstitel zur Voraussetzung.¹⁹ Ein entsprechender, auch für Nichtakademiker symbolisch überformter Spezialistenethos nährte die hohe Identifikation mit der Berufsarbeit. Bei einer isolierten Betrachtung des höheren Managements sowie der nahezu ausschließlich akademisch besetzten Expertenpositionen in Forschung und Entwicklung, der höheren Beamtschaft u. ä. dürfte das Identifikationsniveau freilich noch höher ausgefallen sein. Vor allem die Gruppe der Akademiker mag wiederum einen Sonderfall innerhalb der Angestellten- und Beamtschaft darstellen. Von den Aufsteigern, die durch Weiterbildungstitel und berufliche Bewährung auf eine Karrieremobilität zurückblicken konnten, unterschieden sich die Akademiker anhand der ausgeprägteren Berufsvererbung innerhalb eines bürgerlich-akademischen Milieus. Gemeinhin bekannt, lockerten sich diese Grenzen erst in Folge der rapide steigenden Akademikerzahlen der 1970er Jahre auf.²⁰

Die zurückgehende Identifikation mit der Berufsarbeit fußte bei den Angestellten schließlich auf einer zunehmend negativen Wahrnehmung der Arbeit, während bei den

19 J. Kocka/M. Prinz, Vom „Neuen Mittelstand“ zum angestellten Arbeitnehmer. Kontinuität und Wandel der deutschen Angestellten seit der Weimarer Republik, in: W. Conze/M. R. Lepsius (Hrsg.), Sozialgeschichte der BRD. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Stuttgart 1983, S. 210-55.

20 Über Kaelble hinaus (H. Kaelble, Soziale Mobilität und Chancengleichheit im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1983), dessen Quellenbasis nur bis in die 1960er Jahre reicht, vgl. in Ermangelung von Trenddaten zur sozialen Mobilität für die Folgezeit die unveröffentlichte Arbeit von R. Vogel, Intergenerationale Mobilität in der Bundesrepublik Deutschland am Beispiel der Beamten und der Angestellten. Unveröffentlichte Magisterarbeit am Lehrstuhl für Sozialgeschichte der Humboldt-Universität zu Berlin 2000.

Arbeitern eine immer stärkere positive Bindung an die Freizeit zugrunde lag. Das zeigen die ebenfalls erhobenen detaillierten Arbeitseinstellungen. Sie verknüpfen die Bindung an die Erwerbsarbeit mit bestimmten motivisch-funktionalen Ausprägungen, obgleich mit ihrer Hilfe ebenfalls die Rolle der Erwerbsarbeit im gesamten Lebenszuschnitt greifbar gemacht werden kann. Das Bielefelder Emnid-Institut fragte seit Mitte der 1950er Jahre, ob man die Arbeit als *schwere Last* und *notwendiges Übel*, als *Möglichkeit, Geld zu verdienen*, als *befriedigende Tätigkeit* oder als *Erfüllung einer Aufgabe* sehe (Tabelle 4). Eine bei Arbeitern grundsätzlich virulentere instrumentelle Distanz (*Schwere Last, notwendiges Übel* und *Möglichkeit, Geld zu verdienen*) und die bei Angestellten ausgeprägtere positive Eingebundenheit in die Arbeit (*befriedigende Tätigkeit* und *Erfüllung einer Aufgabe*) stehen sich hier gegenüber.

Tabelle 4: Die Rolle der Berufsarbeit (in Prozent)

Arbeit empfunden als...		Arbeiter	Angestellte	Beamte und Angestellte im öff. Dienst	alle Berufstätigen
schwere Last, notwendiges Übel	1955	20	8	11	18
	1958	19	10	13	
	1960	15	10	5	
	1962	13	9	4	
	1965	11	8	9	9
	1974	24	18	11	18
Möglichkeit, Geld zu Verdienen	1955	42	26	15	35
	1958	44	26	23	
	1960	48	25	21	
	1962	41	26	11	
	1965	31	21	10	24
	1974	39	32	22	28
befriedigende Tätigkeit	1955	26	44	40	28
	1958	21	36	34	
	1960	24	35	46	
	1962	27	39	43	
	1965	20	30	31	24
	1974	19	28	31	23

Erfüllung einer Aufgabe	1955	10	20	33	18
	1958	15	28	29	
	1960	12	29	28	
	1962	17	26	42	
	1965	22	26	38	26
	1974	14	19	40	19

Quellen: *Emnid-Informationen*: 1956 Nr. B8; 1962 Nr. 49; 1965 Nr. 14; 1974 Nr. 45.

Erläuterungen: *Emnid Repräsentativerhebung* (n=>2000); *Berufstätige*; *Einfachnennungen*; *Spaltenprozent im jeweiligen Erhebungsjahr*; *übrige v. H.: keine Angabe*.

Die höhere Selbstdefinition über Arbeit und Beruf ließ bei Angestellten vor allem nach der 1962er Erhebung nach, bei den Arbeitern änderte sich fast nichts.²¹ Zugunsten der häufigeren Zustimmungen sowohl zu *schwere Last* als auch zu *Möglichkeit, Geld zu verdienen* ging bei den Angestellten fast ausschließlich die Einschätzung der Arbeit als einer *befriedigenden Tätigkeit* zurück; die Entwicklung der gesondert ausgewiesenen Beamten und der Angestellten im öffentlichen Dienst war ganz ähnlich. Ein stark von Pflichtmaximen durchwirktes Berufsethos (*Erfüllung einer Aufgabe*) verlor dagegen nichts von seiner relativen Bedeutung. Der zunehmend distanziert-instrumentellen Arbeitseinstellung der Angestellten lag also weniger die schwindende Bindungskraft eines – empirisch schwer greifbaren – Arbeitsethos als vielmehr eine eingehende Beurteilung der Arbeitsbedingungen zugrunde, die sich an konkreten Merkmalen festmachte (interessante Tätigkeit, nette Kollegen, Anerkennung der Leistung usw.). So darf man *befriedigende Tätigkeit* in Abgrenzung zu *Erfüllung einer Aufgabe* wohl letztendlich verstehen. Die Antwortvorgaben *schwere Last*, *notwendiges Übel* und *Möglichkeit, Geld zu verdienen* sind sich dagegen ähnlicher: wer die Arbeit als Übel ansieht, für den kann sie naheliegenderweise nur den Zweck der materiellen Versorgung haben.²² Die Wahrnehmung der Arbeit als *immer interessant* ließ zwischen 1953 und 1979 schließlich auch bei Arbeitern etwas nach, stärker noch war dies allerdings wiederum bei den einfachen und mittleren Angestellten der Fall.²³

Da also bei den Angestellten die Arbeit selbst bzw. die Arbeitsbedingungen zunehmend negativer wahrgenommen wurden, bei Arbeitern hier aber so gut wie keine Veränderung

21 Die Kategorie der instrumentellen Distanz spielte in der Arbeits- und Ungleichheitssoziologie der späten 1950er und der 1960er Jahre eine wichtige Rolle. Den Konsequenzen dieser Einstellung, wie z. B. einer vergleichsweise geringen Bedeutung des sozialen Aufstiegs in Arbeiterfamilien, widmeten sich zahlreiche ambitionierte zeitgenössische Studien. Vgl. als Zusammenfassung dieser zeitspezifischen Debatte H. Ortmann, *Arbeiterfamilie und sozialer Aufstieg*, München 1971, S. 52–56.

22 Vgl. die ganz ähnlichen Ergebnisse bei H. Meulemann, *Arbeit und Selbstverwirklichung in Balance. Warum ist den Franzosen die Arbeit, den Deutschen die Freizeit wichtiger?*, in: R. Köcher/J. Schild (Hrsg.), *Wertewandel in Deutschland und Frankreich. Nationale Unterschiede und europäische Gemeinsamkeiten*, Opladen 1998, S. 133–50, hier S. 136 f.

23 Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach. *Eine Generation später, Bundesrepublik Deutschland 1953–1979. Eine Allensbacher Langzeit-Studie*, Allensbach 1981, S. 58 (Frage, ob die Arbeit als interessant oder eintönig wahrgenommen werde).

erkennbar ist, lassen sich Rückschlüsse auf die eng damit verknüpfte Arbeit-Freizeit-Dichotomie ziehen. Der Hinwendung zur Freizeit lag bei den Angestellten offenbar die negative Arbeitswahrnehmung zu Grunde, während sich bei den Arbeitern als Erklärungsvariable – gewissermaßen *ex negativo* – vor allem ein Attraktivitätszuwachs der Freizeit selbst anbietet. Bei abnehmender sozialer Schicht stellte die Freizeit also in zunehmendem Maße eine eigene Bedürfniskategorie dar. Diese „Emanzipation“ von dem Sozialisationsfaktor Berufsarbeit mag auch als Hinweis darauf gelten, warum mit der absolut verbesserten sozialen Lage der Arbeiterschaft in der Nachkriegsepoche nicht unbedingt stärkere Orientierungen an sozialem Aufstieg einhergingen.²⁴ Zumindest nicht in dem Umfang, wie zeitgenössisch von linksliberaler Seite Hoffnungen in diese Richtung geäußert wurden. Natürlich hatte die zunehmende soziale Integration der Arbeiterschaft in die bürgerliche Gesellschaft, insbesondere die markant gewachsenen materiellen Handlungsspielräume sowie noch viel mehr die zunehmende Ausrichtung des Alltags auf ein in vielerlei Hinsicht „geordnetes“ Familienleben, solche Erwartungen nahe gelegt. Der hier zu erkennende milieuspezifische, besondere Eigenwert von Familie und Freizeit kann womöglich als Überkompensation oder auch paradoxe Integration gedeutet werden. Es wurden eben nicht alle mittelständischen bis bürgerlichen Orientierungsmuster (sozialer Aufstieg) übernommen, sondern gewissermaßen nach Maßgabe bereits zuvor bestehender aber unerfüllt gebliebener Bedürfnisse selektiert.

Die wachsende Distanz der Angestellten zur Erwerbstätigkeit ließe sich nun damit erklären, dass bei den Angestellten die Selbstverwirklichungsansprüche stärker als bei Arbeitern gestiegen sind, also eine verstärkt auf das persönliche Wohl bedachte Einstellung zu einer kritischeren Beurteilung der Arbeit und der Arbeitsbedingungen führte. Genau nachvollziehen ließe sich ein möglicher Wandel der Ansprüche an die Erwerbsarbeit aber nur anhand noch weiter differenzierender Arbeitseinstellungen. Erhebungen zu den *extrinsischen* (Bezahlung, geregelte Freizeit, sicherer Arbeitsplatz etc.) und den *intrinsischen* Erwartungen an die Arbeit (selbständige Arbeit, Verantwortung, Anerkennung, die Möglichkeit, Menschen zu führen etc.) wurden aber erst seit Mitte der 1970er Jahre durchgeführt.²⁵ Die vorliegenden Fragemethoden legen schließlich lediglich nahe, dass bei Angestellten die extrinsischen Erwartungen zugenommen haben: Die Arbeit wurde immer stärker als „Möglichkeit, Geld zu verdienen“ begriffen. In jedem Fall ist die zunehmende Unzufriedenheit der Angestellten mit ihrer Tätigkeit nicht ohne die Berücksichtigung der spezifischen Gestaltveränderungen der Arbeitsorganisation der 1950er und 1960er Jahre zu beurteilen. Wenn die zeitgenössischen Diagnosen von der „Vermassung“, von einem neuen Taylorisierungsschub die Entwicklung auch dramatisieren mögen, so deutet allein die Expansion dieser Tätigkeiten, das zahlenmäßige Wachstum

24 Vogel, Intergenerationale Mobilität in der Bundesrepublik (Anm. 20).

25 Kmieciak, Wertstrukturen und Wertwandel (Anm. 18), Tab. I, 1b, Tab I, 2a. Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 3000 sowie Infas-Repräsentativerhebung Nordrhein-Westfalen, Mai 1972. Vgl. auch T. Bargel, Überlegungen und Materialien zu Wertdisparitäten und Wertwandel in der Bundesrepublik Deutschland, in: H. Klages/P. Kmieciak (Hrsg.) Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt a. M./New York 1981, S. 147-84.

der Angestellten in unteren und mittleren Hierarchieebenen auf den empirischen Gehalt solcher Interpretationen.²⁶

Ungeachtet der genannten methodischen und empirischen Grenzen zeigt die Gegenüberstellung der Arbeits-/Freizeitorientierungen mit den Arbeitswerten aber ganz deutlich den doppelten Charakter dieses Wertebereichs: bei den Angestellten waren „antiautoritäre“ Tendenzen ausgeprägter und führten schließlich zu einer kritischeren Beurteilung der Arbeit und zu einer Infragestellung von überlieferten Vergesellschaftungs- und Integrationsmodi. Dagegen rückte bei den Arbeitern die Erwerbsarbeit in einem gewissermaßen grundlegenden, den kompletten Lebenszuschnitt berührenden Sinne in den Hintergrund. Bei ihnen ist die Abwendung von der Erwerbsarbeit eher als Bedürfnisverschiebung von materiellen zu ideellen zu begreifen und damit wesentlich eindeutiger auf die gewachsenen materiellen Spielräumen zurückführbar.

3. Die Loslösung von autoritären Leitbildern: Kindererziehung, Geschlechterrollen und Einstellungen zum Staat

Seit Mitte der 1960er Jahre haben auch Wahrnehmungsmuster an Virulenz verloren, die in dem Staat gegenüber den Bürgern, in den Eltern gegenüber den Kindern und in dem Mann gegenüber der Frau legitime Autoritäten sehen. Im Gegenzug wurden in der Politik subsidiären Meinungsbildungsprozessen, in der Kindererziehung der eigenen Entscheidung des Kindes und im Geschlechterverhältnis eine gleichberechtigte Position der Frau stärker vertreten. Trotz der schichtenübergreifenden Konturen dieses Wandels sind die beschriebenen Tendenzen in der Angestellten- und Beamtschaft stärker ausgefallen. Diese Gruppe wurde gewissermaßen schneller modernisiert, so dass die Differenzen zum Arbeitermilieu Mitte der 1970er Jahre als etwas ausgeprägter einzuschätzen sind als noch in den 1950er Jahren.

Gehorsam und Unterordnung erwarteten 1956 29 Prozent der Arbeiter und 25 der Angestellten von ihren Kindern; 1976 waren es nunmehr 12 bzw. 9 Prozent. Im Gegenzug wollten Arbeiter und Angestellte zwar gleichermaßen ihren Kindern mehr *Selbständigkeit und freien Willen* zugestehen. Bei den Arbeitern verlor aber die dritte in dieser Erhebung vorgelegte Maxime, *Ordnungsliebe und Fleiß*, etwas weniger an Zustimmung (Tabelle 5). Bei ihnen blieben also eine elterliche Erwartungshaltung und Orientierungen an Pflicht und Leistung wichtiger. Die Kombination von Pflicht und Leistung darf dabei wohl als wesentliches Element eines im fortgeschrittenen 20. Jahrhundert mittlerweile schichtenübergreifend gültigen, ursprünglich vornehmlich mittelständisch und bürger-

26 J. Kocka, Die Angestellten in der deutschen Geschichte. 1850–1980, Göttingen 1981. Vgl. als Überblick zur zeitgenössischen Angestelltensoziologie und die Einordnung der Diagnosen in eine übergreifende Perzeption von einer „Massengesellschaft“ H.-P. Bahrtdt, Das Problem der Hierarchie im industrialisierten Bürobetrieb, in: Frankfurter Hefte 12 (1957), S: 174-82 und 236-42; D. Claessens, Angestellte und Arbeiter in der Betriebspyramide, Berlin 1959.

lich apostrophierten Wertesystems begriffen werden.²⁷

Tabelle 5: Erziehungsziele 1956–1976 (in Prozent)

		Arbeiter	Angestellte	Beamte u. Angestellte im öff. Dienst	Gesamt- bevölkerung
Gehorsam u. Unterordnung	1956	29	25	30	31
	1964	27	23	21	25
	1965	19	13	14	19
	1974	18	12	17	17
	1976	13	9	7	10
Ordnungsliebe u. Fleiß	1956	51	48	44	51
	1964	46	41	40	45
	1965	52	48	58	53
	1974	44	32	31	44
	1976	41	33	32	41
Selbständigkeit u. freier Wille	1956	33	44	37	32
	1964	29	40	38	31
	1965	30	41	37	31
	1974	52	70	64	53
	1976	49	61	63	51
Sonstiges	1956	4	7	4	4
	1964	1	2	1	1
	1965	2	3	2	2
	1974	1	1	3	1
	1976	-	-	-	-

Quellen: Emnid-Informationen: 1956 Nr. 25; 1964 Nr. 42; 1965 Nr. 50; 1974 Nr. 8/9; 1976 Nr. 6/7. Erläuterungen: Emnid Repräsentativerhebung (n=>2000); Beruf des Haushaltsvorstandes; Mehrfachnennungen möglich; Spaltenprozent im jeweiligen Erhebungsjahr. Zur Erhebung von 1956 merkt Emnid ebd. an: „Unter den sonstigen Nennungen wurden überwiegend religiös betonte Erziehungsziele zusammengefasst. Auch Charakter und Ehrlichkeit wurden häufig betont.“

Der Todesstrafe und dem Tragen von Uniformen in der Öffentlichkeit standen Arbeiter in den 1950er Jahren noch ablehnender gegenüber als Angestellte und Beamte. Dieses Verhältnis kehrte sich bis Mitte der 1970er Jahre um.²⁸ In der ursprünglich starken Ablehnung dieser Symbole staatlicher Rason und des staatlichen Gewaltmonopols – in der Todesstrafe kommt freilich auch ein ethisch-moralisches bzw. religiöses Moment zum

²⁷ Kmiecik, Wertstrukturen und Wertwandel (Anm. 18), S. 316–345.

²⁸ Allensbacher Jahrbuch, Bd. 1 (1954), S. 206; Emnid-Informationen 1973 Nr. 4; 1974 Nr. 6/7; 1977 Nr. 4 (zur Todesstrafe); 1955 Nr. 39; 1964 Nr. 21; 1974 Nr. 6/7 (zum Tragen von Uniformen).

Tragen – drückt womöglich eine in Teilen des Arbeitermilieus der 1950er Jahre noch auffindbare, in der Folgezeit aber deutlich zurückgehende Distanz zur bürgerlichen Gesellschaft und ihren Institutionen aus. Darüber hinaus können hier natürlich auch humanistische Leitbilder mitgeschwungen haben, die bei einem Teil der Arbeiterfamilien in den 1950er Jahren auch von einer noch wirksamen Arbeiterbewegungsideologie geprägt gewesen sein mögen. Schließlich deutet nichts darauf hin, dass religiöse Vorbehalte im Arbeitermilieu verbreiteter waren. Gleichmaßen ist eine besondere Abschreckungswirkung der nationalsozialistischen Genozid- und Hinrichtungspraxis sowie eugenischer Denktraditionen – sogenannte Schwerverbrecher wurden in den 1950er Jahren in der Regel noch als Erbkrankte betrachtet – in der Arbeiterschaft dieser Zeit nicht zu erkennen; gerade dort stand man dem Nationalsozialismus in toto, wie einzelnen freilich nicht durchgängig bekannten oder auch verdrängten Praktiken eher unverfangen gegenüber.²⁹

Die Einstellungen zu den Geschlechterrollen fanden im Gegensatz zur „antiautoritären Erziehung“ erst Eingang in den Fragenkatalog der Demoskopie, als das Thema Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre in die öffentliche Debatte Einzug hielt. Hier gaben stets knapp vier Fünftel Arbeiter und Angestellten/Beamte an, für *die Gleichberechtigung von Mann und Frau einzutreten, nichts gegen eine Frau als Chef zu haben* und ähnliches.³⁰ Die häufigere Erwerbstätigkeit von Arbeiterfrauen und eine auf diese Art und Weise praktizierte Gleichberechtigung im Alltag haben hierbei offensichtlich eine Rolle gespielt.³¹ Ging es nämlich um Frauen in der Politik, waren die Vorbehalte im Arbeitermilieu noch deutlich größer: *Politik für Männersache* hielten 1974 38 Prozent der Frauen von angelernten, 32 Prozent der von Facharbeitern, aber nur 18 Prozent der von einfachen und 15 Prozent der Frauen von leitenden Angestellten und Beamten; bei den Männern fielen die Unterschiede etwas geringer aus.³² An der bereits 1959 gestellten Frage, ob Frauen bei gleicher Qualifikation gleich viel wie Männer verdienen sollten, zeigt sich die auch an den Einstellungen zur Todesstrafe und zu den Uniformen erkennbare größere Verbreitung von konservativ-autoritären Gesellschaftsbildern in der Beamtenschaft: 69 Prozent der Beamten, 77 Prozent der Arbeiter und 80 Prozent der Angestellten sprachen sich für eine gleiche Entlohnung der Geschlechter aus.³³ Diese gesellschaftliche Position der Beamten, die sich freilich aus einer professionellen Staatsnähe erklärt, kehrte sich im Laufe der 1960er Jahre nachgrade um. Sogar noch ausgeprägter als die Angestellten traten sie für Gleichberechtigung ein, waren gegen die Todesstrafe und für im weiteren Sinne antiautoritäre Erziehungsstile.

Bei der Kindererziehung macht die erst für die 1970er Jahre vorliegende Aufgliederung der Erhebung nach Schulbildung deutlich, dass ein Einstellungswandel, der traditionelle Autoritäten zunehmend in Frage stellte, vor allem von einem hochgebildeten Milieu

29 Mooser Arbeiterleben in Deutschland (Anm. 3), S. 203 f.

30 Allensbacher Jahrbuch, Bd. 6 (1976), S. 158 f.; Ennid-Informationen 1969 Nr. 6; 1976 Nr. 10/11).

31 Mooser Arbeiterleben in Deutschland (Anm. 3), S. 140-160.

32 Allensbacher Jahrbuch, Bd. 6 (1976), S. 159.

33 Allensbacher Jahrbuch, Bd. 3, S. 383.

getragen wurde, den kleinen aber wachsenden Teil der Angestellten mit Hochschulreife und Hochschulausbildung also vermutlich wesentlich stärker erfasste. Zwar wollten Befragte mit Abitur schon im Jahr 1956 zu 58 Prozent gegenüber nur 28 Prozent der Volksschüler ihrem Kind *freien Willen* gewähren. Während die Konstellation bei diesem Erziehungsziel bis Mitte der 1960er Jahre stabil blieb, sanken die Votes für *Gehorsam und Unterordnung* bei den Abiturienten von 26 auf 13 Prozent und nahmen im Kontrast dazu bei den Volksschülern lediglich von 33 auf 28 Prozent ab.³⁴

Wenn man an die soziale Basis der Neuen Sozialen Bewegungen denkt, die ganz wesentlich an solche weniger affektiven, sondern in der milieuspezifischen Teilöffentlichkeit verhandelten antiautoritären Tendenzen anknüpften, hat man diese sozialen Schwerpunkte eigentlich immer schon gekannt. Wie die Untersuchungen der Sinus-Forschungsgruppe zu den 1980er Jahren ergeben haben, setzte sich dieses „modernisierte“ bildungsbürgerliche Milieu mit der vergleichsweise geringen Bedeutung materieller Ziele, mit einer weitgehenden Ablehnung der traditionellen Geschlechterrollenaufteilung und den Reform- und Mitbestimmungsansprüchen in Staat und Gesellschaft damit auch markant von einem mittelständischen einerseits und einem wirtschaftsbürgerlichen Milieu andererseits ab.³⁵ Gegenüber der hiermit zu erhärtenden Diagnose, dass die Entwicklung zum Antiautoritarismus in den 1960er Jahren noch weitgehend milieuspezifische Züge besaß, liegt für die Folgezeit vielmehr das Umgekehrte nahe. Die hohe Medienpräsenz von pädagogischen Fragen, die Begrifflichkeit der antiautoritären Erziehung war 1972 immerhin 70 Prozent der erwachsenen Bevölkerung bekannt und wurde vielsagenderweise im selben Jahr in den Allensbacher Fragenkatalog aufgenommen, aber auch des Geschlechterrollenthemas und ähnlicher „weicher“ Inhalte der Post-68er-Bewegung zeitigten eine maßgebliche soziale Diffusion. Dabei müssen jedoch sozial unterschiedliche Affektivitätsniveaus berücksichtigt werden. Bei unteren Schichten mögen in dieser Phase der Aneignung die Einstellungen noch wenig verinnerlicht gewesen sein, so dass die leichte Auseinanderentwicklung der Schichten und Milieus schließlich noch zu unterstreichen wäre.

4. Schluss

Die Eingangs dieser Untersuchung aufgestellte Frage nach dem sozialen Schwerpunkt des Wertewandels wieder aufgreifend, lassen sich nunmehr zwei Tendenzen des Wandels unterscheiden: der in unteren Schichten stärker ausgeprägte Trend zu ideellen Bedürfnissen und die in höheren Schichten stärker zurückgehende Bereitschaft, traditionelle Herrschafts- und Legitimationsmuster zu akzeptieren. Dies zeigte sich an symbolisch stark aufgeladenen, daher für die Akteure intentional leichter greifbareren Einstellungen

34 Emnid-Informationen 1956 Nr. 25; 1964 Nr. 42. Die Differenzierung nach dem Ausbildungsniveau wurde von Emnid in der Folgezeit leider aufgegeben.

35 M. Vester u. a., Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Köln 1993.

(Staat, Kindererziehung) wie auch an den – im Vergleich dazu möglicherweise stärker affektiven – Einstellungen zur Erwerbsarbeit. Wie Lebensstil- und Milieustudien aus den frühen 1990er Jahren nahe legen, blieben die demzufolge teils abgeschwächten und teils schärfer gewordenen Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten zumindest in den 1980er Jahren weitestgehend bestehen.³⁶

Es ist also sowohl der Fahrstuhleffekt-These Ulrich Becks zuzustimmen, als auch der Interpretation der Werteforschung. War die Becksche These ohnehin weniger ausschließlich formuliert worden, so kann die Werteforschung insofern korrigiert werden, als der Wertewandel in seiner ganzen – hier ebenfalls nur grob abgesteckten – Bandbreite auch in der Anfangsphase der 1960er Jahre keinesfalls auf obere Sozialschichten begrenzt blieb. Allerdings vermag man den Werteforschern zu Gute halten, dass sie sich zusehends auf konkrete Normen konzentrierten, den ursprünglich miteinbezogenen Wandel der basalen Bedürfnishaushalte (materiell vs. immateriell) immer weiter in den Hintergrund ihres Erkenntnishorizontes treten ließen. Die These eines Oberschichten-Wandels mag daher in Teilen vom Gegenstandsbereich präjudiziert gewesen sein.³⁷

Mit dem Befund, dass es zwei sozial unterschiedliche Stoßrichtungen eines übergreifenden Wertewandels gab, ist freilich über die apostrophierten Ursachenfaktoren noch nichts gesagt. Während sich bei der Arbeiterschaft durchaus die Hinweise dahingehend verdichteten, die Wohlstandsentwicklung als ursächlichen Faktor begreifen zu können, bleibt offen, ob dem Wandel in höheren Schichten nicht ebenfalls eine materielle Entlastung zugrunde lag. Die von der Werteforschung ebenfalls in Teilen vertretene spezifizierte These von einem prosperitätsinduzierten Wandel der oberen Schichten kann also (noch) nicht als widerlegt gelten. Das grundsätzliche andere Niveau, auf dem das Wohlstandswachstum in mittelständischen und bürgerlichen Milieus im Vergleich zur Arbeiterschaft stattfand, könnte die unterschiedlichen Effekte zumindest prinzipiell erklären: Aufwertung ideeller Bedürfnisse in unteren Schichten, auf Basis ohnehin stärkerer ideeller Orientierungen eine Weiterentwicklung zum kritischen Antiautoritarismus in oberen Schichten.

Demgegenüber haben aber die präziseren Kategorisierungen der Angestellten in einfache und höhere/leitende bei den Arbeitseinstellungen und den Erziehungs- und Geschlechtervorstellungen gezeigt, dass es sich um eine zunächst recht eindeutig abgegrenzte Entwicklung eines tendenziell bildungsbürgerlichen Milieus gehandelt hat. Dafür mag allein schon sprechen, dass es sich bei den vornehmlichen Feldern eines Mentalitätswandels der oberen Sozialschichten, nämlich Kindererziehung, Wahrnehmung von Staat und Politik, zum Teil auch bei der Berufstätigkeit, um Bereiche handelte, die in vergleichsweise hohem Maß kommunizierbar sind. Zumindest der Tendenz nach stellten diese

36 Ebenda.

37 Schloeder, *Soziale Werte und Werthaltungen* (Anm. 2), S. 188 f.; H. Klages, *Wertorientierungen im Wandel. Rückblick, Gegenwartsdiagnosen, Prognosen*, Frankfurt a. M. 1984; R. Inglehart, *Culture Shift in Advanced Industrial Society*, Princeton 1990; H. Kaelble, *Wertewandel in Frankreich und Deutschland. Wieviel nationale Divergenz, wieviel europäische Konvergenz?* in: R. Köcher/J. Schild (Hrsg.), *Wertewandel in Deutschland und Frankreich. Nationale Unterschiede und europäische Gemeinsamkeiten*, Opladen 1998, S. 309-324.

Aspekte weniger individuelle Erfahrungshorizonte als soziale Verhandlungsprozesse dar. Solche beschränken sich schließlich naturgemäß, d. h. von den Kontaktkreisen und den kommunikativen Rahmenbedingungen her, zumindest in ihrer Entstehungsphase auf bestimmte Milieus.

Die in den Quellen leider nur punktuell angegebenen – und daher hier nicht durchgängig wiedergegebenen – Bildungsgrade sprechen schließlich eine noch eindeutiger Sprache in diese Richtung. Die Grenzen wurden also verkürzt gesagt eher von milieuspezifischen Kommunikationsprozessen gesetzt als von Einkommensniveaus. Man kann also der jüngeren sozialhistorischen Forschung folgen, wenn sie solchen „Auflockerungsprozessen“ in den hochkulturellen Debatten seit den späten 1950er Jahren eine Initialwirkung zuschreibt.³⁸ Eine detaillierte Rekonstruktion der Medienlandschaft, ihrer Rezeptionsgruppen und -formen fehlt in dieser Hinsicht indes noch.

Abschließend bleibt noch darauf hinzuweisen, dass die These Ulrich Becks vom „Fahrstuhleffekt“ noch immer keine präzise Überprüfung im Sinne einer umfassenden Mentalitätsstudie erfahren hat. Eine solche hätte nicht nur die Werte sondern auch die Lebensstile unterer Schichten mit denen mittlerer und höherer zu vergleichen und damit die oben beschriebene Annäherung auch für andere Bereiche der Alltagswelt zu überprüfen. Schließlich scheint sich bei einer kursorischen Betrachtung des Freizeitverhaltens anzudeuten, dass sich hier neue Unterschiede herausbildeten. Die im historischen Längsschnitt neuartige, von Arbeitszeitverkürzungen und Realeinkommenssteigerungen ermöglichte, Häuslichkeit und Konzentration auf die familiäre Lebenswelt im Arbeitermilieu ist offenbar mit einem vergleichsweise starken Rückzug aus jeglicher Form von Öffentlichkeit (Freunde und Bekannte, Interesse an Politik etc.) einhergegangen.³⁹

38 Herbert (Hrsg.), *Wandlungsprozesse in Westdeutschland* (Anm. 1).

39 Zu einer ersten Zusammenstellung diachron vergleichbarer Umfragen zur Zeitverwendung vgl. neben den Emnid-Informationen: Institut für Demoskopie Allensbach: *Die Freizeit. Eine sozialpsychologische Studie unter Arbeitern und Angestellten*, Allensbach 1958, für die 1950er und K. Maase, „Leben einzeln und frei wie ein Baum und brüderlich wie ein Wald...“ *Wandel der Arbeiterkultur und Zukunft der Lebensweise*, Frankfurt a. M. 1985 für die frühen 1970er Jahre.